

Etappensieg in der Uno

Rechte der Kleinbäuerinnen und
Kleinbauern verankert

Das CO₂-Gesetz –
ein wichtiger Schritt in
die richtige Richtung

S. 5

Vernetzungsarbeit
in Zeiten von Corona

S. 9



BROT FÜR ALLE

Liebe Leserinnen, liebe Leser

Wir blicken auf ein spezielles Jahr zurück. Bilanz ziehen ist schwierig. Das Coronavirus hält uns weiterhin in Atem. Ob und wie sich die Pandemie langfristig auf unser aller Leben auswirken wird, wissen wir nicht. Das Jahr 2020 hat gezeigt, dass Regierungen in der Lage sind, drastische Massnahmen durchzusetzen, wenn es ums Überleben geht. Gleichzeitig wurde die Notlage aber auch von zahlreichen Regimes missbraucht, um die Freiheiten der Menschen zu beschränken, um noch drastischer gegen Aktivistinnen und Aktivisten vorzugehen, um Kontrollen zu verschärfen und die Verteilung des Wohlstands zugunsten der Reichen weiter voranzutreiben.

Das sind alarmierende Signale. Hier gilt es dringend, Gegensteuer zu geben, etwa mit der Durchsetzung der Deklaration der Rechte von Kleinbäuerinnen und -bauern und anderen Menschen, die in ländlichen Regionen arbeiten (UNDROP). Sie wurde vor zwei Jahren von der Uno angenommen. *Brot für alle* hat wichtige Kleinbauernorganisationen während des langen Prozesses unterstützt. Dieses Engagement geht weiter: Entscheidend ist jetzt der Schritt von der Anerkennung der Rechte zu deren Umsetzung. Weshalb dies gerade in der heutigen Zeit so wichtig ist, lesen Sie in unserem aktuellen Dossier.

Danke, dass Sie uns auch 2021 unterstützen!



Bernard DuPasquier
Geschäftsführer *Brot für alle*

- Politikum
- 5 **Ja zum neuen CO₂-Gesetz**
- Kampf um Recht
- 6 **Entschädigung für Unfallopfer**
- Südsicht
- 8 **«Am stärksten leiden die Arbeiterinnen»**
- Im Wandel
- 9 **Vernetzung in Zeiten von Covid-19**
- Dossier
- 10 **Etappensieg in der Uno**
- 15 **Hungerlöhne auf Schweizer Feldern**
- 16 **Erfolgreiches Lobbying**

Impressum

Herausgeber: Brot für alle
 Redaktion: Gabriela Neuhaus, Pascale Schnyder, Daniel Tillmanns
 Korrektorat: 1-2-fehlerfrei
 Gestaltung und Realisation: Crafft AG, Zürich
 Bildbearbeitung: Schellenberg Druck AG, Pfäffikon
 Druck: Druckerei Kyburz AG, Dielsdorf
 Auflage: 30 600 DE / 8 330 FR
 Erscheinung: Viermal jährlich
 Preis: CHF 5.– pro SpenderIn werden für das Abonnement verwendet
 Kontakt: Brot für alle, perspektiven@bfa-ppp.ch, 031 380 6565



Auf den Kautschukplantagen des Socfin-Konzerns kämpfen die Menschen um ihre Rechte.

Konzern ohne Verantwortung

Misstände auf den Socfin-Plantagen in Liberia: *Brot für alle* leistet langfristige Unterstützung, um den Betroffenen zu ihrem Recht zu verhelfen.

«Wir können der Firma nicht mehr vertrauen, mein Bruder. Weil sie uns nicht die Wahrheit erzählen. Die Manager der Plantage haben sich immer wieder mit uns getroffen und uns alles Mögliche versprochen, aber bisher haben sie überhaupt nichts getan.»

So beschreibt der Chief eines Dorfes in Liberia, das wegen einer Kautschukplantage Land verloren hat, die Stimmung vor Ort. Die Plantagen gehören Socfin, einem Agrobusiness-Konzern, der den Kautschukhandel und das Plantagenmanagement in Liberia über zwei Tochterfirmen mit Sitz in Freiburg abwickelt. Die betroffenen Leute wehren sich seit vielen Jahren gegen Vertreibungen, Wasserver-

schmutzung und Gewalt. Der liberianische Journalist Frank Sainworla von der Public Trust Media Group, der die Plantagen letzten Sommer besucht hat, schildert eine erschütternde Begegnung: «Ein Mann nahm uns dorthin mit, wo einst sein Dorf, das Dorf seiner Ahnen stand. (...) Während er mit den Tränen kämpfte, zeigt er auf die Stelle, wo das Grab seiner Mutter war und jetzt Kautschukbäume stehen. Dieser Verlust von Teilen der eigenen Geschichte scheint ihn mehr zu schmerzen als der Verlust von Kulturpflanzen oder gewöhnlichen Gebäuden.»

Statt sich der Probleme der Leute anzunehmen, versucht die Firma jedoch, die lokalen

Gemeinschaften zu spalten und damit deren Widerstand zu schwächen. Betroffene Dorfbewohner und -bewohnerinnen hatten 2019 eine Beschwerde gegen Socfins liberianische Plantagenfirma bei der Ombudsstelle der Weltbanktochter IFC eingereicht. Die IFC, welche die Plantage mitfinanziert hat, wollte nach der Prüfung der Beschwerde einen Konfliktlösungsprozess einleiten. Die betroffenen Leute begrüßten dies, aber das Management der Plantage lehnte ab. Ihre fadenscheinige Begründung war, dass die Ombudsstelle ihrer eigenen Kreditgeberin IFC parteiisch gegen sie sei. Diese kommt nun aber zum Schluss, dass die Situation auf der Plantage eine weitergehende Compliance-Untersuchung erfordert. Das Plantagenmanagement versucht, genau diesen Schritt zu verhindern, deshalb ist dieser Entscheidung für die Menschen vor Ort so wichtig.

Langfristige Unterstützung

Zusammen mit Green Advocates und den Leuten in den Dörfern ist *Brot für alle* seit drei Jahren aktiv, um die Rechte der von der Plantage betroffenen Menschen zu verteidigen. Für die Leute vor Ort ist dies nicht ungefährlich. Menschenrechtsverteidiger aus den Dörfern berichten, sie hätten Angst und könnten sich nicht mehr frei in den Plantagen bewegen. Dorfbewohner erzählten dem Journalisten Frank Sainworla, der die Situation vor Ort im Auftrag von *Brot für alle* untersucht hat, dass sie sich nicht frei äussern könnten, weil immer Informanten der Firma mithören würden. Sogar für den Journalisten selbst wurde die Situation bei seiner Arbeit auf den Plantagen bedrohlich.

In dieser schwierigen Situation brauchen die Leute vor Ort die Gewissheit, dass sie Unterstützung von Organisationen wie *Brot für alle* erhalten – trotz Verleumdungen und trotz Bedrohungen. Es braucht einen langen Atem und viel Energie, um es mit Konzernen wie Socfin aufzunehmen. Dies zeigt, wie wichtig es ist, lokale Organisationen zu stärken, die Leute langfristig und verlässlich zu unterstützen, um ihre Rechte zu verteidigen. — *Silva Lieberherr*

135 Mio.

Menschen in 55 Ländern und Regionen waren 2019 vom Hunger bedroht – 2020 werden es infolge der Corona-Krise noch mehr sein. Quelle: Global Report on Food Crisis 2020

Klimawandel

Schwindende Gletscher

Seit Mitte des 19. Jahrhunderts haben die Gletscher in der Schweiz um die Hälfte abgenommen, die Temperatur in den Alpen ist um zwei Grad Celsius gestiegen. An einer Feier am Fusse des Trient-Gletschers, die *Brot für alle* mitorganisiert hat, gedachten 200 Personen der 500 Gletscher, die in den Schweizer Alpen bereits verschwunden sind. Mitglieder der Klima-Allianz sowie Entwicklungs- und Umweltorganisationen riefen Parlamentarierinnen und Parlamentarier dazu auf, wirksame Massnahmen zur Reduktion des CO₂-Ausstosses in der Schweiz umzusetzen. www.klima-allianz.ch



«Lösungen, die von der Basis kommen, sind besser als jene, die von oben nach unten verordnet werden.»

Muhammad Musa, Arzt und Direktor von BRAC International, Bangladesch



Electronics Watch

Leitlinien für Monitoring

Weil die Arbeit von Electronics Watch wegen der Covid-19-Pandemie erschwert war, unterstützte *Brot für alle* die Partnerorganisation bei der Erarbeitung von standardisierten Leitlinien. Ziel der Branchenorganisation ist «eine Welt, in der die Rechte aller Arbeiterinnen und Arbeiter entlang der Lieferketten für elektronische Produkte respektiert werden». Der Leitfaden gibt umfassende Anweisungen für das Monitoring in den Unternehmen, das als Basis für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen dient. www.electronicwatch.org/de

Öffentliches Beschaffungswesen

Nachhaltigkeit statt Dumping

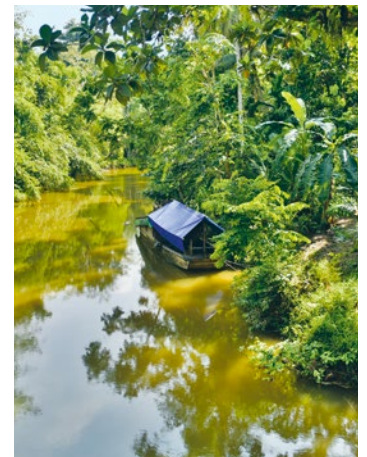
Das Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen (BöB) verlangt neu, dass die öffentliche Hand bei ihren Einkäufen nicht bloss auf den Preis achtet, sondern auf einen «volkswirtschaftlich, ökologisch und sozial nachhaltigen Einsatz» der öffentlichen Mittel. Bei einem Investitionsvolumen von jährlich 40 Milliarden Franken fällt dieser Paradigmenwechsel ins Gewicht. Bei der Ausarbeitung der Verordnung auf Bundesebene wurde die vom Gesetzgeber geforderte Nachhaltigkeit jedoch stark verwässert und relativiert. Ein Rückschritt, den das Parlament nicht tolerieren darf.



Good News

Silit rettet seinen Wald

Der langjährige Kampf gegen die Ausbreitung von Plantagen und für die Anerkennung ihrer traditionellen Landrechte hat sich gelohnt: Nach einem von Walhi, einer indonesischen Partnerorganisation von *Brot für alle*, initiierten Treffen vor Ort, stellten die Behörden den Menschen von Silit in Westkalimantan ein gutes Zeugnis bezüglich ihrer Waldbewirtschaftung aus. Schliesslich anerkannten sie auch deren traditionelle Ansprüche: Silit erhält als erstes Dorf der Region seinen Wald aus dem Staatsbesitz zurück. brotfueralle.ch/erfolgreicher-kampf-gegen-land-grabbing





Ja zum neuen CO₂-Gesetz

Das Parlament hat im September 2020 ein neues CO₂-Gesetz verabschiedet. Dies ist ein erster Schritt, dem weitere folgen müssen. Für die Klima-Allianz Schweiz mit über 90 grösseren und kleineren Organisationen der Zivilgesellschaft, darunter auch *Brot für alle*, ist klar: Nun gilt es, das Gesetz möglichst rasch umzusetzen.

Die Klimakrise ist wegen Corona etwas in den Hintergrund gerückt. Trotzdem wurden 2020 wichtige politische Weichen gestellt. Das Parlament hat mit dem neuen CO₂-Gesetz einen zwar zaghaften, aber doch wichtigen Schritt in die richtige Richtung gemacht. Die aktuelle Fassung des Gesetzes reicht zwar noch nicht aus, um die Pariser Klimaziele zu erreichen, sie schafft aber einen Rahmen für wesentlich effektivere Klimaschutzmassnahmen nach 2020.

Das neue CO₂-Gesetz nimmt das Verursacherprinzip ernst. Es setzt Anreize, klimafreundlicher zu entscheiden, und gewährleistet den sozialen Ausgleich. Somit stellt es wichtige Weichen für eine effektivere Klimaschutzpolitik. Bis ins Jahr 2030 sollen die Treibhausgasemissionen der Schweiz gegenüber 1990 halbiert werden, mindestens 75 Prozent der dafür erforderlichen Massnahmen müssen im Inland erfolgen. Die Einführung einer Flugticketabgabe gibt dem rasant wachsenden Flugverkehr Gegensteuer – für die Vielfliegernation Schweiz ist dies von grosser Relevanz. Das Gesetz greift auch beim Strassenverkehr: Der durchschnittliche CO₂-Ausstoss neuer Autos

muss gesenkt werden. Zudem leistet die Schweiz mit dem neuen Gesetz einen wichtigen Beitrag zur Klimagerechtigkeit. Erfreulich ist der neue Klimafonds für Klimaschutzprojekte und Anpassungsmassnahmen: Damit können nun endlich dringende Schutzmassnahmen für Menschen unterstützt werden, die besonders von der Klimakrise betroffen sind. Dazu zählen insbesondere auch die ärmsten und die am meisten von der Klimakrise betroffenen Menschen in Entwicklungsländern.

Klimaleugner, Kreise um die SVP und ein Teil der Klimastreikbewegung haben aus gegenläufigen Gründen das Referendum gegen das CO₂-Gesetz ergriffen. Dadurch wird das Inkrafttreten des neuen Gesetzes nochmals auf die lange Bank geschoben. Eine Ablehnung an der Urne würde die Schweizer Klimapolitik während mindestens fünf Jahren blockieren. Dies wäre äusserst nachteilig und schädlich.

Weitere Schritte sind nötig

Das vorliegende CO₂-Gesetz reicht noch nicht: Die Schweiz muss ihre Treibhausgasemissionen rasch auf Netto-Null senken. Das entspricht auch dem Anliegen der Bevölkerung, die letztes Jahr zu Tausenden für ambitioniertere Klimaziele auf die Strasse gegangen ist. Künftig braucht es deshalb wesentlich effektivere Klimaschutzmassnahmen. Die parlamentarische Arbeit muss nahtlos weitergehen. Eine der ersten Prioritäten hierbei ist, dafür zu sorgen, dass der Finanzplatz und die Landwirtschaft aufhören, die Klimakrise weiter zu verschärfen. *Brot für alle* wird sich deshalb weiterhin stark dafür engagieren, dass die Schweizerische Nationalbank aus ihren klimaschädlichen Investitionen in Erdöl, Gas und Kohle aussteigt. Diese Industriezweige verletzen grundlegende Menschenrechte und verursachen systematisch gravierende Umweltschäden.

Das CO₂-Gesetz ist zwar nicht der angestrebte ausreichende Schritt zur Eindämmung der Erderhitzung, aber sicher der schnellste und mehrheitsfähigste. — *Miges Baumann*



Miges Baumann ist Co-Leiter Entwicklungs- politik bei *Brot für alle* und für den Bereich Klima 2030 zuständig.

Entschädigung für Unfallopfer

Erschütternde Begegnungen in der Demokratischen Republik Kongo (DRK) kurz vor dem Lockdown. Eine Reportage.



Richard Ilunga von der Partnerorganisation Afrewatch und Nina Burri im Gespräch mit Augenzeugen des Unfalls in Kabwe.

Gemeinsam mit Vertretern unserer Partnerorganisationen Afrewatch und CAJJ reiste ich im Februar 2020 nach Kabwe. Das Dorf liegt im Süden der Demokratischen Republik Kongo, an der Hauptverkehrsachse zwischen der Minenstadt Kolwezi und der Provinzhauptstadt Lubumbashi im afrikanischen Kupfer- und Kobaltgürtel.

Ein Jahr zuvor, im Februar 2019, hatte sich in Kabwe ein schlimmer Unfall ereignet. Ein Tanklastwagen, der Schwefelsäure zu Glencores Mutanda-Mine transportieren sollte, überschlug sich und begrub einen Minibus unter sich. Durch den Aufprall entstand ein Leck. Nach kurzer Zeit begann die ätzende Schwefelsäure aus der Zisterne auszulaufen. Mehrere Personen waren im Minibus gefangen oder darunter eingeklemmt und wurden durch die auslaufende Flüssigkeit verätzt. Die Säure breitete sich langsam aus, lief zunächst der Strasse entlang und verteilte sich über mehrere Äcker und Grundstücke bis zur Wasserstelle des nächstgelegenen Dorfes. Schliesslich entzündete sie sich, was einen dunklen toxischen Rauch verursachte, der noch tagelang über dem Dorf hing.

«Ihre Körper lösten sich vor unseren Augen durch die Säure auf.»

Eine Augenzeugin des Unfalls

Durch den Unfall kamen 21 Personen ums Leben, mindestens sieben Menschen wurden zum Teil schwer verletzt. Neun Häuser und sieben Geschäfte wurden beschädigt, die Ernte und Grundstücke von acht Bauern sowie die Existenzgrundlage zahlreicher weiterer Personen wurden zerstört.

Ringen um Recht

Anlässlich meines damaligen Besuchs trafen wir zahlreiche Opfer und Zeugen des Unfalls. Während zweier Tage sprachen wir mit ihnen im Schatten der Strohdächer des Dorfes über das Geschehene. Viele von ihnen zeigten uns Verbrennungen, die sich noch immer regelmässig entzündeten. Sie berichteten von Augenbrennen, dumpfen Schmerzen in den Beinen, zerstörten Häusern und Geschäften sowie von Feldern und Bäumen, die weniger



Josué Kashaal, Anwalt bei der Partnerorganisation CAJJ, besucht Milambo Kayamba, dem als Folge des Unfalls im Spital von Kolwezi beide Beine amputiert werden mussten.

Bananen produzierten als vor dem Unfall. Keine der verletzten Personen oder der Familienangehörigen von Todesopfern hatte bis im Februar 2020 eine Entschädigung erhalten.

Nach unserer Rückkehr in die Schweiz blieben wir aus der Ferne im Kontakt mit den Betroffenen. Die Covid-19-Krise verschlimmerte ihre bereits prekäre Lage noch zusätzlich. Auch in der DRK wurde ein Lockdown verhängt. Während Monaten war das öffentliche Leben eingeschränkt. Den Opfern und ihren Familien fehlte es nicht nur an Medikamenten, sondern auch sonst am Allernötigsten und an Nahrungsmitteln.

Die Schwefelsäure im Tanklastwagen war für das Glencore-Tochterunternehmen Mumi bestimmt gewesen. Verantwortlich für den Unfall waren jedoch die Chauffeure des Camions durch ihr skrupelloses Fahrverhalten. Da der Transportauftrag über drei Stufen ausgelagert worden und der besagte Lastwagen letztlich nicht versichert war, wollte zunächst niemand für den Schaden haften. Der Eigentümer

des Säuretanklastwagens war über anderthalb Jahre verschwunden.

Erst im Sommer 2020, rund anderthalb Jahre nach dem Unfall, traten die Rechtsvertreter des Lastwagenbesitzers endlich mit dem Anwalt von 20 Opfern in Kontakt und machten ein Angebot für Entschädigungszahlungen. Nach Verhandlungen einigten sich die Anwälte schliesslich auf Kompensationen für 18 Opfer, die je nach Alter der Opfer zwischen 1000 und 3250 USD liegen.

Wir freuten uns, dass endlich Bewegung in den Fall kam. Aber die Entschädigungsvereinbarung war nicht komplett: Die zwei Opfer mit den schlimmsten Verletzungen und zahlreiche Kleinhändler sind davon ausgenommen. Damit auch sie zu ihrem Recht kommen, werden wir unsere Partnerorganisationen auch künftig in ihrem zähen Kampf für vollständige und faire Kompensationen unterstützen.

— Nina Burri



Die Studie «Gefährliche Geschäfte in einem schwachen Staat. Glencore in der Demokratischen Republik Kongo» finden Sie unter: www.sehen-und-handeln.ch/kongo-bericht-2020

Mit Ihrer Spende helfen Sie, Menschen im Kampf um ihre Rechte zu unterstützen.
PC-40-984-9



Suhasini Sing ist Landesverantwortliche der Fair Wear Foundation* in Indien.

«Am stärksten leiden die Arbeiterinnen»

Die Textilindustrie in Indien ist in den drei Regionen Bangalore, Tirupur sowie in der Hauptstadtregion Delhi angesiedelt. Vor der Corona-Krise waren 80–90 Prozent der Angestellten in Bangalore Frauen aus der ländlichen Umgebung. In Tirupur betrug der Frauenanteil etwa 60 Prozent und in Delhi rund 40 Prozent. Von Ende März bis im Mai gab es wegen Corona einen kompletten Lockdown. Alle Fabriken waren geschlossen, viele Migrantinnen und Migranten mussten nach Hause zurückkehren. Hunderttausende machten sich zu Fuss auf den Weg in ihre Dörfer.

Nach dem Lockdown begannen die Fabriken mit etwa einem Drittel der ursprünglichen Belegschaft wieder zu produzieren. Die Unternehmer schreiben den Arbeitenden häufige Gesundheitschecks und die Benutzung einer App vor, die ihre Bewegungen und Kontakte aufzeichnet. Viele Frauen sind durch die Pandemie aus dem Arbeitsprozess gefallen, weil sie die Kinder und Grosseltern betreuen mussten. Ihr Anteil ist auf etwa 30 Prozent gesunken.

Die Unternehmen erhalten Hilfeleistungen wie Steuererleichterungen, günstigere Kredite oder Aufschub bei Rückzahlungen, um die Krise zu bewältigen. Für die Arbeiterschaft gab es keine Hilfe. Zu Beginn des Lockdowns versprach die Regierung, die Fabriken würden den Arbeitenden die Löhne weiterzahlen. Die Industrie wehrte sich jedoch vor dem obersten Gericht erfolgreich gegen diese Verfügung. Da weniger als fünf Prozent der Textilarbeiterinnen und -arbeiter einer der ohnehin schwachen

Gewerkschaften angehören, konnten diese auch keine Lohnzahlungen aushandeln.

Die meisten Anbieter von fair produzierter Kleidung sind KMU mit kleinen Aufträgen, deren Bestellungen in den Fabriken nur einen geringen Teil der Produktion betreffen. Oft beziehen die Mitglieder der Fair Wear Foundation ihre Ware aus kleinen Fabriken, von denen einige während des Lockdowns Konkurs gingen. Bei den Textilfabriken, die wieder produzieren, gibt es kaum Unterschiede zwischen jenen, die teilweise für Fair-Wear-Brands liefern und denjenigen, die das nicht tun. Der Einfluss und die Wirkung von fair produzierten Brands ist deshalb begrenzt. Wenn nicht weitere Firmen mitziehen, können die Fair-Wear-Mitglieder keinen grossen Unterschied bewirken.

Wegen Corona mussten wir Ende Februar die Überprüfung der Fabriken vorübergehend stoppen. Es ist jedoch wichtig, in die Fabriken zu gehen – natürlich mit den notwendigen Schutzmassnahmen. Nur so können wir die erweiterten Gesundheits- und Sicherheitsmassnahmen sowie weitere Arbeitsbedingungen beurteilen. Diese Aspekte sind durch die Pandemie noch wichtiger geworden. Während der Pandemie können wir die Arbeiterinnen nicht ausserhalb der Fabrik treffen. Wir können aber via Telefon mit ihnen reden. Es gab viele Beschwerden wegen Entlassungen und unterlassenen Lohnzahlungen. Jetzt, wo teilweise wieder gearbeitet wird, gibt es vermehrt Beschwerden wegen fehlender Arbeitsverträge oder sonstiger individueller Probleme.

*Die Fair Wear Foundation setzt sich für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie ein; Brot für alle kofinanziert in Indien und Bangladesch Programme für vermehrtes Online-Training während der Pandemie.

16 %

beträgt der durchschnittliche Lohnunterschied zwischen Männern und Frauen.

4,1

Stunden unbezahlte Pflege-, Fürsorge- und Haushaltarbeit leisten Frauen durchschnittlich pro Tag – dreimal so viel wie Männer.

740

Millionen Frauen arbeiten weltweit als Arbeiterinnen, Produzentinnen und Händlerinnen im informellen Sektor, ohne soziale Absicherung.

Vernetzung in Zeiten von Covid-19

In Gabun erprobt die lokale Organisation Muyissi neue Formen von Wissensaustausch und Engagement gegen die Erweiterung von Ölpalmlantagen.

Die Regierung von Gabun will das zentralafrikanische Land zum grössten Palmölproduzenten Afrikas machen. Dafür hat sie der Firma Olam mit Sitz in Singapur riesige Flächen Land zugesprochen. Seit 2012 zerstört diese für die Palmölproduktion nicht nur tropische Wälder und Savannen, auch die Bevölkerung leidet unter den immer mehr Platz beanspruchenden Plantagen.

Viele Dorfgemeinschaften haben sich von Anfang an gegen die Ausbreitung der Ölpalmlantagen gewehrt. Die lokale NGO Muyissi Environnement, die sie dabei unterstützt, ist Mitglied der west- und zentralafrikanischen Allianz gegen die Ausweitung von Ölpalmlantagen, einer Partnerorganisation von *Brot für alle*. Dieser ist es in den letzten Jahren gelungen, lokale Organisationen sowie Dorfgemeinschaften aus rund zehn Ländern zusammenzubringen. An zahlreichen Treffen, die zum Teil direkt in den Dörfern stattfanden, haben sie erfahren, dass sich die Probleme in den verschiedenen Ländern sehr ähneln. Der Austausch ermöglichte es den Betroffenen, sich besser zu organisieren und sich so auch besser gegen die Land- und die Menschenrechtsverletzungen zu wehren.

Weiterhin Begegnungen ermöglichen

Mit den Einschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie muss die Allianz diese Vernetzungsarbeit allerdings neu organisieren. Ladislav Ndembet von Muyissi Environment berichtet von den Alternativen, die sie in Gabun entwickelt haben, um ihre Arbeit wieder aufnehmen zu können: «Wir konnten in den Dörfern zwar keine Versammlungen mehr abhalten, aber sobald wir wieder hinfahren durften, sind wir von Haus zu Haus gegangen, um den Austausch aufrechtzuerhalten.» Auch ein von der NGO geplantes Seminar mit inter-



Ladislav Ndembet von der NGO Muyissi Environment in Gabun: Vernetzungsarbeit in Afrika, trotz Corona-Pandemie.

nationalen Gästen wurde kurzerhand umorganisiert: «Ein virtuelles Treffen ist bei uns nicht so einfach möglich wie in der Schweiz. Die Menschen auf dem Land wären davon ausgeschlossen. Wir haben daher einzelne Vertreterinnen und Vertreter aus den Dörfern in die Stadt Mouila geholt, wo wir einen Konferenzsaal mit guter Internetverbindung und Stromversorgung gemietet haben. Wir brauchten einen Computer mit sehr gutem Akku, weil der Strom bei uns jederzeit ausfallen kann. Die internationalen Teilnehmenden sowie jene aus der Hauptstadt haben wir dann online zugeschaltet. Über eine Leinwand konnten wir sicherstellen, dass alle im Saal sowie die online

Teilnehmenden einander sehen und hören konnten – auch mit dem nötigen Sicherheitsabstand.»

Das Seminar in Gabun war ein Erfolg und dient der Allianz als wichtige Erfahrung, um ihre Arbeit auch in Zeiten der Pandemie weiterführen zu können. Bereits sind zwei weitere regionale Treffen nach diesem Format geplant. Diese Treffen sind derzeit besonders wichtig, denn die durch die Plantagen verursachten Probleme haben sich durch die Corona-Pandemie vielerorts noch verschärft. — *Tina Goethe*



Etappensieg in der Uno



Kleinbauernfamilien ernähren die Welt. Selber leben sie aber oft in extremer Armut und leiden Hunger. Abhilfe schaffen könnte die Uno-Deklaration über die Rechte der Kleinbäuerinnen und -bauern, die vor zwei Jahren verabschiedet wurde.

Foto: Paul Jeffrey

Mit der Corona-Pandemie stieg die Zahl der Hungerten weltweit. Besonders betroffen waren und sind arme Menschen in den Ländern des Südens, die über keine sozialen Absicherungen verfügen. Obschon die Landbevölkerung am stärksten betroffen ist, zeigt die gegenwärtige Krise einmal mehr: Wo Nahrungsmittel lokal produziert und verkauft werden, wo Bäuerinnen und Bauern einen sicheren Zugang zu Land, Wasser und Saatgut haben, ist der Hunger weniger gravierend. So bestätigten zum Beispiel Mitglieder des bäuerlichen Netzwerkes Anafae, dass Familien in Honduras, die bereits vor der Pandemie ihr eigenes Saatgut produziert hatten, besser vor Hunger geschützt waren als solche, die von industriellem Saatgut abhingen. Da es auf dem kommerziellen Saatgutmarkt infolge der Corona-Pandemie zu Engpässen kam, wurden viele Bäuerinnen und Bauern von Hilfslieferungen abhängig, weil sie nichts anbauen konnten.

Regierungen sind gefordert

Um die ländliche Bevölkerung besser zu schützen und zu stärken, verabschiedete die Uno-Generalversammlung 2018 die «Erklärung über die Rechte von Kleinbauern und -bäuerinnen und anderen Menschen, die in ländlichen Regionen arbeiten». Die Schweiz spielte in den Verhandlungen eine unterstützende Rolle und stimmte als eines der wenigen europäischen Länder dafür. Allerdings wurde dies erst möglich, nachdem sich die Schweizer Zivilgesellschaft, so auch *Brot für alle*, massiv dafür eingesetzt hatte. Die Deklaration ist zwar kein juristisch bindendes Instrument, gilt aber seit ihrer Annahme für alle Uno-Mitgliedsstaaten und leitet die Regierungen an, für die Bäuerinnen und Bauern sowie die Bevölkerung auf dem Land existenzielle Rechte zu respektieren. Sie umfasst 28 Artikel, in denen unter anderem das Recht auf Land, auf Saatgut, auf biologische Vielfalt oder sauberes Wasser wie auch das Recht auf Nahrung und Ernährungssouveränität oder Mitbestimmung aufgeführt sind. Zudem werden die Staaten dazu angehalten, Massnahmen zu treffen, um alle Formen der Diskriminierung von Bäuerinnen und anderen in ländlichen Regionen arbeitenden Frauen zu beseitigen. «Bei der Erarbeitung der Deklaration wurde darauf geachtet, die besonderen Herausforderungen miteinzubeziehen, mit denen Landfrauen konfrontiert sind. Diese werden nämlich durch die neoliberale und reaktionäre Agrarpolitik besonders diskriminiert», bestätigt Elizabeth Mpfu von der Bauernbewegung La Via Campesina in Zimbabwe.

Die Stimmen der Betroffenen

Das Besondere an der Bauernrechtsdeklaration ist, dass sie von den Betroffenen selbst angestossen wurde. Bauern-, Hirten-, Nomaden- und Fischerorganisationen aus der ganzen Welt kämpften sich bis zur Uno durch, um sich vor den Vereinten Nationen Gehör zu verschaffen. Die internationale Bauernbewegung La Via Campesina (LVC) spielte in diesem Prozess eine Schlüsselrolle. Nach der Nahrungsmittelkrise von 2008 konnte die Uno die schwierige Situation der Bäuerinnen und Bauern nicht länger ignorieren und öffnete den Weg zur Erarbeitung der Deklaration. «Noch vor einigen Jahren wäre es undenkbar gewesen, dass Bäuerinnen und Bauern bei der Uno auf gleicher Augenhöhe mit Regierungsvertretungen diskutieren», sagt Diego Montón, Mit-



Kleinbäuerinnen und -bauern demonstrieren 2010 anlässlich der Uno-Klimakonferenz in Mexiko für eine klimafreundliche Landwirtschaft.

glied von LVC in Argentinien. Auch *Brot für alle* und *Fastenopfer* engagierten sich für die Verabschiedung der Deklaration. Dank ihrem Beraterstatus an der Uno konnten sie sich nicht nur direkt in die Verhandlungen in Genf einbringen, sondern auch ihr Rederecht an Bäuerinnen und Bauern delegieren. Damit konnte den Stimmen der Betroffenen direkt Gehör verschafft werden.

Jetzt braucht es Taten

Nun muss die Deklaration mit Leben gefüllt werden. *Brot für alle* gab 2019 mit sechs anderen Schweizer Organisationen und der Akademie für Menschenrechte eine Studie zur Rolle der Schweizer Aussenpolitik bei der Umsetzung der Deklaration in Auftrag, die im Sommer 2020 publiziert wurde. Sie enthält konkrete Empfehlungen und Forderungen, wie die Schweiz ihren Menschenrechtsverpflichtungen gegenüber den Bäuerinnen und Bauern des Südens nachkommen kann und muss. Zentral ist dabei etwa der Schutz des Rechts auf Saatgut: Die von der Schweiz verhandelten Freihandelsabkommen dürfen nicht dazu führen, dass Bauernfamilien aus der eigenen Ernte gewonnenes Saatgut im nächsten Jahr nicht mehr verwenden können, stattdessen teures Saatgut kaufen müssen und dadurch in die Verschuldung, Armut und Abhängigkeit getrieben werden. Es bedarf ausserdem klarer Kriterien für Entwicklungsprojekte, die die Schweiz in Zusammenarbeit mit multinationalen Konzernen durchführt. Diese haben in der Vergangenheit wiederholt die Menschenrechte von Kleinbäuerinnen und -bauern untergraben. Bei Partnerschaften mit dem Privatsektor muss die Schweiz deshalb besonders darauf achten, dass die in der Deklaration aufgeführten Rechte eingehalten werden. Die Verabschiedung der Deklaration vor zwei Jahren war ein erster Schritt zur Verbesserung der Situation der ländlichen Bevölkerung. Entscheidend im Kampf gegen den Hunger ist jedoch deren Umsetzung, für die sich *Brot für alle* und ihre Partner weiterhin engagieren. — Ester Wolf

UNDROP

Die Idee für eine weltweite Erklärung der Rechte von Kleinbäuerinnen und -bauern wurde in Indonesien geboren und von Henry Saragih (siehe Interview S. 13) 1996 in die internationale Konferenz der Organisation La Via Campesina eingebracht. Nach über zwanzig Jahren Vernetzungs- und Lobbyarbeit wurde die «Erklärung über die Rechte der Kleinbauern und -bäuerinnen und anderen Menschen, die im ländlichen Raum arbeiten» im Dezember 2018 an der Uno-Hauptversammlung in New York mit grosser Mehrheit angenommen: 122 Staaten stimmten dafür, 8 dagegen – 54 enthielten sich der Stimme. Die UNDROP (die englische Abkürzung hat sich in Fachkreisen durchgesetzt) umfasst 28 Artikel. Sie schützt nicht nur die Rechte der Kleinbäuerinnen und -bauern, sondern auch jene anderer Menschen, die auf dem und vom Land leben, wie zum Beispiel Landarbeiterinnen und -arbeiter, Fischergemeinschaften, Viehhirten und Nomaden. Hier finden Sie den Originaltext der UNDROP-Deklaration auf Deutsch: www.brotfueralle.ch/undrop-de

UNDROP – ein Schlüssel für die Zukunft

Henry Saragih, Leiter von La Via Campesina (LVC), und Kartini Samon von der NGO Grain diskutieren mit *Brot für alle* über Hoffnungen und Hindernisse bei der Umsetzung der Deklaration.



Henry Saragih ist seit 2004 Generalsekretär der internationalen Bauernbewegung La Via Campesina. Der Politikwissenschaftler ist zusammen mit acht Geschwistern auf einer Ölpalmpflanzung in Nordsumatra (Indonesien) aufgewachsen. Der Sohn von Landarbeitern hat den UNDROP-Prozess von Anfang an mitgeprägt und begleitet ihn bis heute.



Kartini Samon hat ländliche Entwicklung studiert und lebt in Jakarta. Seit 2013 arbeitet sie für die Kleinbauernorganisation Grain, eine Partnerorganisation von *Brot für alle*, und unterstützt deren Partner in Asien. In Indonesien engagiert sie sich für die Kleinbäuerinnen und -bauern sowie für die ländliche Jugend.

Vor zwei Jahren, im Dezember 2018, verabschiedete die Uno-Generalversammlung in New York die UNDROP-Deklaration. Was waren damals Ihre Gefühle?

Henry Saragih: Natürlich war ich sehr glücklich. 17 Jahre lang kämpften wir für die Anerkennung der Rechte von Bauern und Bäuerinnen, nachdem wir zuvor schon während 10 Jahren in Indonesien darüber diskutiert hatten. Als La Via Campesina das Thema 2001 in Genf vor die Uno bringen konnte, kam das Ganze in Fahrt.

Kartini Samon: Die Annahme der Deklaration war ein wichtiger Moment, auf den Bauernorganisationen während vieler Jahre hingearbeitet hatten. Wir von Grain waren allerdings kaum involviert. Unsere Organisation hatte in der Vergangenheit bereits Advocacy und Lobbying bei der Uno und anderen internationalen Foren betrieben. Aufgrund dieser Erfahrung waren wir skeptisch gegenüber dem Uno-Prozess, der viel Zeit und Energie erforderte. Insbesondere, weil wir schon damals beobachteten, dass Unternehmen die öffentliche Politik immer stärker diktieren. Als kleine Organisation wollten wir deshalb unsere Zeit und Energie gezielt dort einsetzen, wo wir direkt einen Beitrag leisten können.

Haben sich die jahrelangen Bemühungen um die UNDROP aus heutiger Sicht gelohnt? Henry Saragih:

Die Arbeit geht weiter. In vielen Ländern sowie auf Uno-Ebene wurde die Implementierung der in der Deklaration aufgeführten Rechte bereits angeschoben. Infolge der Corona-Pandemie wurde aber das gesamte Uno-Programm für 2020 gestrichen. Nun hoffen wir, dass wir im kommenden Jahr weitermachen können.

Einerseits erschwert die durch Covid-19 verstärkte Krise eine Durchsetzung der Rechte von Bäuerinnen und Bauern. Andererseits bietet die Deklaration für die aktuelle Situation auch Lösungsansätze, weil sie Ernährungssouveränität einfordert. Wir wollen die Krise deshalb als Impuls für die Agenda der Bauernrechte nutzen.

Derzeit setzen die Regierungen jedoch andere Prioritäten. Wie realistisch ist es, dass die Deklaration neue Impulse bringen kann?

Kartini Samon: Die Pandemie erschwert die Umsetzung auf nationaler Ebene. Umso wichtiger ist die Arbeit der 182 Mitgliedsorganisationen von LVC in 81 Ländern weltweit. Zum Beispiel in Bezug auf das in der Deklaration verankerte Recht auf ein sicheres und gesundes Arbeitsumfeld. In diesem Bereich ist die Situation durch die Pandemie besonders kritisch geworden: Es gibt zahlreiche >



Henry Saragih an einem Treffen von La Via Campesina 2010 in Bolivien:
Die internationale Basisbewegung vertritt rund 200 Millionen Menschen in 80 Ländern.

Berichte über schlechte Arbeitsbedingungen und mangelnden Schutz in Fleisch- und Milchverarbeitungsfabriken, wo über 12 000 Arbeiterinnen und Arbeiter mit dem Virus infiziert wurden.

Henry Saragih: Die aktuelle Situation erinnert mich an die Ernährungskrise von 2008. Wir müssen uns sowohl auf nationaler Ebene wie bei den internationalen Institutionen Gehör verschaffen, weil wir eine Lösung bieten: Wir können sowohl die Armuts- wie die Wirtschaftskrise lösen – dazu sind weder das grosse Agrobusiness noch die internationalen Konzerne in der Lage. Unser Ansatz heisst Agroökologie und lokales Wirtschaften.

Die Pandemie hat auch einen Boom im Bereich des E-Commerce ausgelöst. Dieses Thema kommt in der Deklaration nicht vor.

Kartini Samon: Der Trend zu E-Commerce hat in den letzten fünf Jahren zugenommen. Gleichzeitig wachsen die Agrobusiness-Unternehmen, die sich mit digitalen Firmen zusammenschließen oder eigene digitale Abteilungen aufbauen. So rühmt sich etwa Amazon, der grösste Anbieter von Bio-Nahrungsmitteln in den USA zu sein, und die chinesische Handels- und Internetplattform Alibaba besitzt allein in Neuseeland 30 Milchfarmen. Die Internet-Plattformen bieten Dienstleistungen an, die es auch kleineren Produzenten ermöglichen, neue Märkte zu erschliessen. Die digitalen Möglich-

keiten können helfen, ländliche und städtische Communitys zu verbinden. In Bezug auf E-Commerce gibt es keine Schwarz-Weiss-Antworten.

Henry Saragih: Natürlich ist E-Commerce eine Herausforderung. Wir als Bauern müssen aber das Recht auf Ernährungssouveränität ins Zentrum stellen. Wir produzieren unsere Nahrungsmittel in erster Linie für den lokalen und regionalen Markt. Beim Online-Handel steht immer noch das Prinzip des Versands im Zentrum. Die Pandemie hat jedoch gezeigt, dass diese Lieferungen ins Stocken geraten sind.

Und wo stehen wir in fünf Jahren?

Kartini Samon: Im Moment hat absolute Priorität, dass die Deklaration auf nationaler Ebene Wirkung zeigt. Dies vor allem, weil die Investitionen ins Agrobusiness zunehmen und viele Länder die Freiheiten ihrer Bürgerinnen und Bürger beschränken. Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, landwirtschaftliches Hilfspersonal, Hirten und Hirtinnen sowie indigene Gemeinschaften sehen sich grossen Problemen ausgesetzt – wegen der Pandemie, aber auch durch die aktuellen Restriktionen vieler Regierungen.

Ich hoffe, dass sich die Rahmenbedingungen in den kommenden fünf Jahren verbessern und dank der Deklaration jene, die Menschenrechte und Umweltbestimmungen verletzen, zur Rechenschaft gezogen werden.

Henry Saragih: Ich möchte nächstes Jahr den Ernährungsgipfel in Rom als Impuls nutzen, um aufzuzeigen, dass das Problem der Coronapandemie mit der Umsetzung der UNDROP gelöst werden kann: Mithilfe der Bauernrechte können wir nicht nur das Hungerproblem in ländlichen und städtischen Gebieten beseitigen, sondern auch die Arbeitslosigkeit sowie die Energie- und Klimakrise in den Griff bekommen, indem wir auf Ernährungssouveränität und Agroökologie setzen.

— Das Gespräch mit Henry Saragih und Kartini Samon in Indonesien wurde per Skype geführt und von Gabriela Neuhaus aufgezeichnet.

Hungerlöhne auf Schweizer Feldern

Dringender Handlungsbedarf bei der Umsetzung der UNDROP auch in der Schweiz: Viele Arbeiterinnen und Arbeiter auf Bauernhöfen leiden unter prekären Bedingungen.



Landarbeiter bei der Salaternte auf einem Bauernhof in Quartino (TI).

Kennen Sie die Werbung eines grossen Detailhändlers, auf der ein Bauer der Verkäuferin die Tomaten lachend direkt aufs Velo lädt? Es ist ein schönes Bild – aber ein Bild, das die Produktion von regionalem Gemüse ohne einen grossen Teil der Hauptakteurinnen und -akteure zeigt: die sogenannten «familienfremden», oft migrantischen Arbeitskräfte in der Landwirtschaft.

Rund 30 000 von ihnen arbeiten in der Schweiz auf Feldern und in Ställen. Sie legen jedes Jahr Tausende von Kilometern zurück, um aus Ländern wie Rumänien, Polen, Ungarn oder Portugal anzureisen und während ein paar Monaten hier zu arbeiten. Die Löhne sind tief, die Arbeitszeiten enorm lang. Im Kanton Bern etwa beträgt der aktuelle Richtlohn für saisonale Arbeitskräfte 3330 Franken brutto bei einer Wochenarbeitszeit von 55 Stunden. Die Landwirtschaft ist nicht dem Arbeitsgesetz unterstellt, es gibt keinen Gesamtarbeitsvertrag. Dazu kommt, dass Landarbeiterinnen und

-arbeiter häufig aufgrund mangelnder sprachlicher Fähigkeiten ihre Arbeitsverträge und die ihnen eigentlich zustehenden Rechte zu wenig kennen und es ihnen an Möglichkeiten fehlt, diese auch aktiv einzufordern.

Anfang 2020 organisierten verschiedene Vereinigungen, darunter die Plattform für eine sozial nachhaltige Landwirtschaft agrisodu.ch, zusammen mit engagierten Einzelpersonen und kritischen Fachleuten aus der Wissenschaft ein Treffen, das auch *Brot für alle* unterstützt hat. Der Austausch unter dem Motto «Widerstand am Tellerrand» war mit über zweihundert Teilnehmerinnen und Teilnehmern ein grosser Erfolg.

Unhaltbare Realitäten

Die Berichte der Betroffenen waren aufrüttelnd. Zum Beispiel jener von Jadwiga aus Polen: «Manchmal denke ich mir: Warum werden wir Menschen aus Polen in der Schweiz so behandelt? Wir scheinen Herrn Koller (dem Betriebsleiter, Anm. d. Red.) weniger wert zu sein als seine teuren Traktoren und Landmaschinen, um die er sich mit viel Sorgfalt kümmert.» Oder Petru aus Rumänien: «Unser Deutsch reicht nicht aus, um zu verstehen, was in unserem Vertrag steht. Zudem riskiert man natürlich den Job, wenn man sich wehrt.» Oder Kadri aus dem Kosovo: «Sie wollten maximal von mir profitieren. Ich konnte nicht glauben, dass Bauern in der Schweiz so sind. Zum Glück sind nicht alle so.»

Auch das ist wichtig zu sagen. Denn es geht nicht darum, Bauern gegen Landarbeiterinnen auszuspielen. Viele Kleinbauern und -bäuerinnen in der Schweiz kommen selbst kaum über die Runden, arbeiten zu viel und sind verschuldet. Deshalb muss das Ziel sein, gemeinsam eine Landwirtschaft zu schaffen in der alle, die davon leben – Bäuerinnen und Bauern genauso wie Landarbeiterinnen und -arbeiter –, einen guten Lohn sowie gute und sichere Arbeit haben. Die Uno-Deklaration bietet dafür eine Basis. Sie ist ein Anfang, schliesst sie doch nicht umsonst im Titel alle «Menschen, die in ländlichen Gegenden arbeiten», mit ein. Die Deklaration fordert, dass alle Arbeiterinnen und Arbeiter in der Landwirtschaft, auch die migrantischen, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus ausreichend bezahlte und sichere Arbeit verrichten können. Die Schweiz sollte deshalb die landwirtschaftliche Arbeit dem Arbeitsgesetz unterstellen und einen Mindestlohn für alle einführen. — *Silva Lieberherr*

Erfolgreiches Lobbying

In Benin verteidigen Bäuerinnen und Bauern ihr Recht auf eigenes Saatgut – bisher mit Erfolg. Die Uno-Deklaration lieferte die entscheidenden Argumente.



Kleinbäuerinnen und -bauern wehren sich 2019 in Benin mit Erfolg gegen den drohenden Beitritt ihres Landes zum Sortenschutzabkommen UPOV 91.

Die Vielfalt bäuerlicher Saatgutssysteme ist ein wichtiger Garant sowohl für die Ernährungssicherheit wie für die Biodiversität. Die Bestimmungen des Internationalen Übereinkommens für den Schutz von Pflanzzüchtungen (UPOV 91) drohen diese jedoch einzuschränken oder gar zu zerstören. Genau das wäre in Benin passiert, hätten die Partner von *Brot für alle* Jinukun und Synergie Paysanne sowie andere Organisationen nicht so schnell und überzeugend reagiert: Vor zwei Jahren verhinderten sie den Beitritt des westafrikanischen Landes zum Sortenschutzabkommen UPOV 91. Das war ein entscheidender Schritt für die Kleinbäuerinnen und -bauern: Einmal Mitglied bei UPOV 91, ist ein Land nämlich dazu verpflichtet, Gesetze für einen strengen Sortenschutz zu erlassen, der wie eine Art Patent auf Saatgut wirkt. Diese Gesetze sind im Volksmund besser bekannt als «Monsanto-Gesetze», weil sie die Interessen der Konzerne und der industriellen Saatgutzüchter schützen. Für die Bauernfamilien haben sie jedoch oft fatale Folgen: Sie verbieten ihnen, selbstgewonnene Samen aus zertifiziertem Saatgut für die nächste Aussaat wieder zu verwenden. Stattdessen müssen sie das teure Saatgut jedes Jahr aufs Neue kaufen. Das treibt viele Familien in die Verschuldung und erzeugt weitere Armut.

UNDROP als Referenz

Vor zwei Jahren konnten die Bauernorganisationen in Benin eine Mehrheit der Parlamentarierinnen und Parlamentarier ihrer Nationalversammlung davon überzeugen, dem von der Regierung beantragten UPOV-Beitritt nicht zuzustimmen. «Wir konnten ihnen die Gefahren aufzeigen», sagt Bertrand Yehouenou von der Bauerngewerkschaft Synergie Paysanne. «Viele Parlamentarier waren sich der möglichen Folgen dieses Beitritts gar nicht bewusst. Es zeigte sich, dass unsere Informationsarbeit sehr wichtig ist», führt er aus. Unterstützung fanden die Bauernfamilien dank der Vermittlung von *Brot für alle* bei Hilal Elver, der damaligen Uno-Sonderberichterstatterin für das Recht auf Nahrung. Sie schrieb der beninischen Regierung einen Brief, in dem sie die mangelnde Konsultation mit der Zivilgesellschaft kritisierte und vor den Folgen des UPOV-Beitritts warnte: «Die Restriktionen, die Staaten durch die UPOV-91-Konvention auferlegt werden, könnten negative Auswirkungen auf das Recht auf Nahrung im Land haben, da Saatgut teurer würde und schwieriger zu beschaffen wäre.»

Nach dem ersten Erfolg zeigte sich aber schnell, wie gross der Einfluss der UPOV-Lobby im Land ist. Anfang 2019 sollte das Parlament



Auch in Benin ist selbstgewonnenes Saatgut für die Produktion vieler Bäuerinnen und Bauern überlebenswichtig.

erneut über den Beitritt zum Abkommen abstimmen. «Es war sehr hilfreich, dass zu diesem Zeitpunkt die erst kurz zuvor verabschiedete Uno-Deklaration über die Rechte der Bäuerinnen und Bauern vorlag», sagt Bertrand Yehouenou. «Benin hatte gemeinsam mit den meisten afrikanischen Ländern für diese Deklaration gestimmt. So hatten wir ein Werkzeug in der Hand, das unsere Argumentation stärkte. Wir schickten die Deklaration an alle Parlamentarierinnen und Parlamentarier sowie an die Regierung und verwiesen insbesondere auf den Artikel zum Schutz des Rechts auf Saatgut.» Dank der Mobilisierung der Bäuerinnen und Bauern konnte der UPOV-Beitritt ein weiteres Mal abgewendet werden. «Die Agrarlobby wird nicht so schnell lockerlassen, deshalb bleiben wir wachsam», sagt René Segbenou von Jinukun. *Brot für alle* unterstützt ihre Partner weiterhin in diesem Engagement: Für 2021 sind Trainings zur Uno-Deklaration und deren Umsetzung vorgesehen. — Ester Wolf



Uno-Sonderberichterstatterin Hilal Elver unterstützte den Kampf gegen das Sortenschutzabkommen.

Der lange Weg zur Uno-Deklaration

Über Jahre hat sich *Brot für alle* für eine Uno-Deklaration zum Schutz der Rechte von Bäuerinnen und Bauern eingesetzt und die Lobbyarbeit von La Via Campesina und ihren Verbündeten unterstützt.

Auf nationaler Ebene hat *Brot für alle*, zusammen mit anderen Organisationen, durch Überzeugungs- und Öffentlichkeitsarbeit erreicht, dass sich die offizielle Schweiz für die Erarbeitung und die Verabschiedung der Deklaration eingesetzt hat. – Seit der Verabschiedung der UNDROP engagiert sich *Brot für alle*, gemeinsam mit ihren Partnern im Norden wie im Süden, für die Umsetzung der Deklaration – mit einem besonderen Augenmerk auf jene Artikel, die eng mit der Arbeit unserer Partnerinnen und Partner verknüpft sind:



Artikel 10: Recht auf Mitbestimmung

In vielen Ländern werden neue Land- oder Saatgutgesetze verabschiedet und Deals mit Grossinvestoren geschlossen, die die Lebensgrundlage der lokalen Bevölkerung gefährden. *Brot für alle* unterstützt Bauern- und Bäuerinnenorganisationen in Benin, Sierra Leone, Guatemala und Honduras darin, sich zu vernetzen und zu informieren und sich so gemeinsam gegen solche Gesetze oder Grossprojekte zur Wehr zu setzen.

Artikel 12: Recht auf Zugang zu Justiz

Vielerorts ist der Zugang zur Justiz für die Bevölkerung schwierig. *Brot für alle* verfasst regelmässig Berichte über Menschenrechtsverletzungen, etwa auf Kautschukplantagen in Liberia oder bei der Rohstoffgewinnung in der DR Kongo. Damit erhalten die Betroffenen eine schriftliche Grundlage, um ihre Rechte gegenüber den Konzernen oder vor Gericht einzufordern.



Artikel 17: Recht auf Land

Brot für alle kämpft in Sierra Leone, Liberia und Indonesien gegen Land-Grabbing durch Konzerne, indem sie Gemeinschaften unterstützt, die sich für ihre kollektiven Landrechte einsetzen. So anerkannten etwa in Indonesien die Behörden dank der Kartographierung von Gebieten durch indigene Gemeinschaften deren traditionelle Landrechte.



Artikel 19: Recht auf Saatgut

Das Recht, eigenes Saatgut aufzubewahren, tauschen, verkaufen oder weiterzüchten zu können, ist die Grundlage der kleinbäuerlichen Landwirtschaft. In Guatemala, Honduras und Benin unterstützt *Brot für alle* ihre Partnerorganisationen darin, sich gegen neue Sortenschutzgesetze (UPOV) zu wehren, die die Lebensgrundlage der lokalen Bäuerinnen und Bauern zerstören. In der Schweiz setzt sich *Brot für alle* dafür ein, dass bei Verhandlungen um neue bilaterale Freihandelsabkommen solche Sortenschutzgesetze gestrichen werden.